

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 130.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 18. März 1902.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 67.
Telephon Nr. 155.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 2.
Telephon-Amt VIIa Nr. 11494.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. März.

*** Eine Rede des Ministers von Robbelski.** In Münster wurde dem verstorbenen Präsidenten des Westfälischen Bauernvereins, Herrn v. Schölerer ein Denkmal errichtet, zu dessen Enthüllung auch der Landwirtschaftsminister von Robbelski eingeladen und erschienen war. Der Kaiser ließ sich durch den Oberpräsidenten v. Bode vertreten; auch der frühere Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein waren anwesend. Bei dem Festmahle, das nach der Denkmalsfeier stattfand, hielt Minister v. Robbelski folgende bemerkenswerte Rede:

„Durch die Reden, die heute gehalten wurden, sang immer wieder der Gedanke durch: Unser verstorbenen Präsident war ein ganzer Mann. Dieses glaube ich ergänzen zu können, indem ich sage: Er war der rechte Mann an rechten Plätzen. Der verstorbenen Präsident hat gelebt, was es heißt, in die Zukunft zu leben. Wir wollen nicht ummäßig sein in unseren Forderungen, wir wollen gerade, wir wollen, wie der erste Reichskanzler sagte, auf einen Platz an der Sonne. (Beifalliges Bravo.) Das ist's, was wir erstreben, wir wollen nicht auf Kosten anderer Erwerbseigenen Forderungen aufstellen oder uns bereichern. Wenn wir zusammenfassen, was durch die den Oden und Worten des verstorbenen Mannes geht, so ist es das, daß der Bauer nicht länger ein Fremder ist, sondern daß der Lohn der Arbeit den Erfordernissen des Lebens nicht entspricht. Zu gleicher Zeit ist anzuerkennen, daß wir nicht wollen, daß ein die Industrie zum Stillstand komme. (Beifall.) Wir wissen, wie nötig die Landwirtschaft mit der Industrie und dem Handel verknüpft ist. Wir können uns nicht, wie falsche Propheten behaupten, auf einen Hoffschiff setzen. Die Bauernvereine müssen sich lösen lassen und Vertrauen zu ihren Führern. In vielen Dingen erst kennt die Macht der Vereinigung zum Ausdruck. Es ist hier nicht der Ort, eine große politische Rede zu halten, aber wenn wir offenen Auges die gegebenen Verhältnisse betrachten, dann müssen wir es beklagen, daß zwei Dinge es sind, welche uns als politisches und wirtschaftliches Leben verflüchten: Mithras und Rigibus. Welches von die, seien wir uns bewußt, daß, vor einem Anderen mitgeht, das es ihm gut geht, nicht verdient, daß es ihm selbst gut geht. Kampfen wir an der Seite derjenigen, die eines nur kennen: das Wohl der Nation und des Vaterlandes! Das hat der verstorbenen v. Schölerer stets getrieben: über das Wohl der Einzelnen das Wohl der Gesamtheit zu setzen.“

Der Minister schloß mit einem Hoch auf den jetzigen Präsidenten des Westfälischen Bauernvereins Herrn Grafen Landsberg. Der Dankes-Entscheidung gaben die Generalsversammlung des Westfälischen Bauernvereins voraus.

*** Der Kaiser** stieg am Sonntag nach der Feier beim Kieler Seebootfest in Prinzessin Heinrich einen Besuch ab. Montag Vormittag besichtigte der Kaiser das auf der Werft liegende Minierschiff „Kaiser Karl der Große“ und den Panzerkreuzer „Prinz Heinrich“. — Das Minierschiff „Kaiser Wilhelm II.“ mit dem Kaiser an Bord verließ um 2 Uhr 20 Min. nach dem Hafen unter dem Schutz der Kriegesflotte und ging durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Cuxhaven zur Vergrößerung des Prinzessin Heinrich ab. — Das Minierschiff „Stern“ ist gegen 2 Uhr nachmittags von seiner Ankerbohrer zurückgekehrt. Das Schiff lautete die Standarte des Kaisers. Der Kaiser hat, wie man aus Kiel berichtet, bestimmt, das System Schlachtkreis der drahtlosen Telegraphie ausschließlich auf den Kriegsschiffen und militärischen Signalstationen anzuwenden, da eingehende Verträge dessen militärische Brauchbarkeit erwiesen haben. — Die Kaiserin besichtigte, wie man aus Kiel meldet, Montag Vormittag gemeinsam mit dem Prinzen Albrecht eingehend das Innere des Prinzessinnenhauses und traf die letzten Anordnungen für die Ausstattungen der Prinzessinnengemächer. Die Kaiserin sprach dem anwesenden Baumeister ihre Anerkennung aus. Die Kaiserin, die Prinzessin Heinrich, sowie die Kaiserin, die Kaiserin und Kaiserin, wie das Kaiserin, Kaiser Wilhelm II. für vor der Vernehmung verlassen hatten, beobachteten von der Barabarrakade aus das Anlaufen des Schiffes. Bald darauf ließ die Kaiserin mit dem Prinzen Joachim nach Berlin zurück.

*** Prinz Heinrichs Rückkehr.** Der Dampfer „Deutschland“ ist am Montag um 12 Uhr mittags in Plymouth angekommen und hat um 1 Uhr die Reise fortgesetzt. Er dürfte Dienstag Nachmittag 5 Uhr in Cuxhaven eintreffen. Die Reise des Prinzen Heinrich ist ohne jede Störung bei günstiger Windeverhältnisse verlaufen. Die „Deutschland“ legte die 3082 Seemeilen in fünf Tagen 12 Stunden und 33 Minuten zurück. Bei seiner Ankunft in Plymouth empfing der Prinz als Vertreter der deutschen Flotte den Marineattaché Geopert. Während der Fahrt hatte sich Geopert die größte Ehre mit größter Aufmerksamkeit unter der Begleitung des Prinzen und mehrerer hiesiger Mitglieder, auch Amerikaner in die Unterhaltung gezogen. Hierbei hatte sich Prinz Heinrich wiederholt hochbegeistert über die Amerika-

reise ausgesprochen. Dem Kapitän Myers gegenüber äußerte Prinz Heinrich seine Anerkennung über die Leistungen der „Deutschland“. Der Kapitän war mehrfach zur Tafel zugezogen worden. Als die „Deutschland“ die Weiterfahrt antrat, brachten die ausgeleiteten Passagiere auf dem Prinzen, welcher auf der Kommandobrücke stand, Hurrajauf aus.

*** Der Kronprinz** besuchte am Montag Vormittag in München das germanische Museum, in welchem er zwei Stunden verweilte, und besichtigte die Rathshausbibliothek, sowie das zweite Stog des Rathshaus besichtigte Gemälde der Kaiserin von 1897. Nachmittags unternahm der Kronprinz eine Rundfahrt durch die Stadt und nahm verschiedene Sehenswürdigkeiten in Augenschein.

*** Aus dem diplomatischen Dienste.** Wie verlautet, soll sich der amerikanische Botschafter Andrew D. White zu Berlin mit dem Gedanken tragen, im Herbst sein Amt niederzulegen. Als sein Nachfolger wird bereits der bisherige Unterstaatssekretär D. J. Hill genannt. Das Cabinet Whites würde in Berlin mit großem Jubel aufgenommen werden.

*** Von der Marine.** Wie man aus Kiel meldet, ist dem Regimentskapitän Böhme der Abschied mit Ausdritt auf Anstellung im Zivilstand bewilligt und ihm der Kronenorden dritter Klasse verliehen worden. Er ist weiteren Kreisen durch die Beförderung, die ihm vom Kaiser zu Theil wurde, weil er mit der von ihm besichtigten „Gazelle“ vornehmlich eine Aushubschiff gefahrt hatte, und durch die angelegte seiner Energie ausstehenden Ausdrittungen von Matrosen der „Gazelle“ bekannt geworden. — Durch Kabinetserlass vom 11. März ist der Kontrabandier von v. Franke unter Verleihung des Sterns zum Kronenorden zweiter Klasse zur Disposition gestellt worden.

*** Kaiserliche Verordnung über den telegraphischen Dienst der Marine.** Die Minister veröffentlichten eine Erbre des Kaisers, datirt Berlin, den 1. März 1902:

„Nachdem die eingehende Berichte die militärische Brauchbarkeit des funktionsfähigen Systems Schlachtkreis erwiesen ist, bestimme Ich, daß dieses System an Bord Meiner Kriegsschiffe, wie auch bei den Küsten Signalstationen bis auf weiteres ausschließliche Verwendung finden soll. Wilhelm. L. R.“

*** Servistarif der Beamten.** Der dem Bundesrat vorliegende Gesetzentwurf über den Servistarif ist seinem Hauptinhalt nach bereits bekannt. Im Einzelnen ist Folgendes hervorzuheben:

Die Servistafel V tritt fort, und in Zukunft soll bei Besetzung der Position der Durchschnittslohn des Wohnungsgeldbesitzes für die Servistafel I-IV in Anrechnung gebracht werden. Die Mittel zur Besetzung des infolge der neuen Klassenbildung sich ergebenden Mehrbedarfes an Servis und Wohnungsgeldbesitz mit aufzunehmenden Beamten werden dem entsprechenden Budgetstellen des Etats für 1902 zuzurechnen. Die seit dem Jahre 1878 nicht erweiterte Servistafel A soll den Charakter einer Ausnahmebestimmung behalten. Außer der vorgeschlagenen Erhebung von Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf in die dritte Klasse sind daselbst zuverfügbare Anträge keine Berücksichtigung zu finden, weil sonst beträchtliche Mehrgehälter an Servis und Wohnungsgeldbesitz entstehen würden. Höheren Klassen sind eine große Menge Orte zugeordnet.

Für Klasse I werden u. a. folgende Orte neu vorgeschlagen: Göttingen (I), Niedersachsen (II); für Klasse II: Walsdorf bei Dresden (II), Witten bei Dresden (II), für Klasse III: Simeuland (IV), Bad Nauheim (IV), Juncanau (IV), Juncosgraben (IV), Neuhausen (IV), Speidel (IV), Roslag (IV), Zangernheim (IV). Alle bisher der V. Servistafel angehörigen Orte rücken in Klasse IV ein.

*** Eine Erweiterung der Arbeitererfassungbestimmungen** wird — so wissen die „Hamb. Nachr.“ zu melden — zur Zeit in Reichsamt des Innern erwogen. Dem Hamburger Blatt wird darüber aus Berlin gemeldet:

„Besonders ist ein Entwurf, der die Ausdehnung der Arbeitererfassung auf die Gewerbeindustrie bezweckt, bereits in legislativischer Behandlung. Im Reichsamt des Innern wird aber auch eine weitere Einbeziehung der Hausindustrie in den Arbeitererfassung geplant. Vorläufig will man die Heimarbeit in der Hausindustrie in dieser Beziehung den Fabrikarbeiten gleichstellen oder annehmen. Man würde diese Regelung, da die Gewerbeindustrie dem Bundesrat das Recht zur Ausdehnung der Arbeitererfassung auf die Hausindustrie gewährt, auf der Veranlassung durchsetzen können, wie diese Ausdehnung ja auch anfänglich überhaupt geplant war. Wenn man wegen der Einführung des Kindererlasses in der Hausindustrie den Weg der Gesetzgebung beschreiten hat, so liegt dies besonders nahe daran, daß wegen Einbeziehung der eigenen Arbeiter der Unternehmer in diesen Zusammenhang eine Veränderung der Gewerbeordnung notwendig ist. Außerdem wird im Reichsamt des Innern ein umfassendes Vorgehen betreffs des Ausschlusses von Arbeiterinnen von gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen erwogen. Schon jetzt gestattet die Gewerbeordnung Handarbeit zu einem solchen Vorgehen, und es sind auch im Laufe der Jahre mancher Verordnungen in dieser Richtung ergangen. In nächster Zeit wird man aber gerade auf diesem Gebiete noch eingreifender als bisher vorgehen.“

*** Ueber die neue juristische Studienordnung** veröffentlicht Prof. v. Rüstig in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ einen Aufsatz. Er verurteilt jedes Willkür-Examen, beifolgt dagegen eine Umgestaltung des ersten Examens, die Forderung in eine prätorische und eine öffentlich-rechtliche, mündliche Prüfung und Erlegung der dementsprechenden mündlichen Prüfung, mehrere Klausurarbeiten. Er schließt sich zum Schluß wie folgt:

„Wir wollen, wie Prof. Dr. Rüstig das auf dem letzten deutschen

Juristentag gesagt hat, Männer heranzubilden, die nicht nur gewandte juristische Praktiker, sondern die auch geeignet sind, die Führung in unserem ganzen öffentlichen Leben zu übernehmen. Männer bildet man aber nicht auf der Schulbank. Es wäre ein schweres Unglück für unseren Staat, sollte in der Zeit der Schulreform nicht an die Stelle der akademischen Freiheit und der selbständigen wissenschaftlichen Lehrtätigkeit, die, wie meine Intention, auf die wichtigste Erziehung geübte Ansicht öffentlich auszusprechen, habe ich für meine Pflicht gehalten nicht nur als preussischer Rechtslehrer, sondern auch als preussischer Staatsbürger.“

Angehören scheinen der Vorlage, die zur Zeit die Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt, ja auch im Parlament nach allerlei Hindernisse im Wege zu stehen. So erklärt die „Kreuzzeitung“ heute, daß die Annahme des Entwurfs nach ihrer Kenntnis der Sachlage nur möglich sei, wenn dem Abgeordnetenhause im Angelegenheit der Entscheidung auch der Inhalt der Vorlage über die Verwaltungsveränderungen bekannt sei und daß man den Wunsch hege, über beide Gegenstände gleichzeitig zu entscheiden.

*** Aus dem Abgeordnetenhause.** Mit dem am Sonntag infolge einer Erziehung in das Abgeordnetenhause eingetretenen Abg. Dr. Franke (freisinnig), für 6. Frankfurt, Mühlhausen, Schwelm, Kassel) ist das Haus vollständig in allen 433 Mandaten besetzt. Es ist dies seit langer Jahren nicht der Fall gewesen, stets war eine kleinere Zahl von Mandaten erledigt.

*** Die Gemeindeförderung der Beamten.** Die Besetzung des Gemeindeförderung der Beamten, Geistlichen und Volksschullehrer verlangen von Abgeordnetenhause der neunten Provinzialverbandstag der Hanoverschen Bürgervereine und der Vorstand des Städteverbandes der Provinz Sachsen. Die Gemeindeförderung, welcher diese Petitionen überwiesen worden waren, daß dieselben in Anwesenheit von Regierungsvertretern berathen und beantragt, sieder Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Der Vertreter des Ministeriums des Innern, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Freund, führte aus, daß es sehr schwer Bedenken entgegen würde, die Steuerprivilegien nur zu Gunsten eines Theils der Beamtenstandes aufzuheben oder einzuschränken, hinsichtlich der übrigen Beamtenstandes aber in bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Das würde gerade einen Keil in die Beamtenenschaft treiben und berechtigte Unzufriedenheit schaffen. Im Uebrigen könne er lediglich auf die eingehenden Ausführungen der Staatsregierung im vorigen Jahre bei der Verhandlung der gleichen Petitionen hinweisen, aus welchen sich die Stellung der Staatsregierung zur Sache ergebe.

Der Vertreter des Finanzministeriums, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Strug, hielt seine am 6. März v. J. niedergelegten Erklärungen voll und ganz aufrecht. Die Verhältnisse haben sich seitdem in keiner Weise wesentlich geändert. Insbesondere seien die für die Beamten besonders drückenden Mehrgehälter nicht gekümmert. Wie schwierig die Wohnungs-Verhältnisse für viele Beamte geworden sind, beweise die Antragsnummer erheblicher Staatsmittel zur Besserung derselben. Es wäre ein eigenartiges Vorgehen, das auf Verhältnissen weder bei den betreffenden Beamten noch in weiten Volksteilen zu rechnen hätte, den Beamten neue Lasten aufzubürden in einem Zeitpunkt, wo solche Aufwendungen in größerer Höhe und weitem Umfang als bisher gefordert werden. Während der Nachhilfe die Beamten im ungehörigen Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit trafe, käme der Vortheil den Gemeinden im ungehörigen Verhältnis ihrer Hebelkraft zu Gute; und doch belasteten Gemeinden gerade dieser geringe Vortheil auch noch zu verlieren, weil sie ihre eigenen Beamten und Lehrer aufheben müßten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

50. Sitzung vom 17. März, Vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

Am Ministertisch: Studt.

• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Rüböl...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...

• Magdeburg, 17. März. Erbsen, gelbe zum Roden...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Rüböl...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...

• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...
• Hamburg, 17. März. (Schlußbericht.) Kaffee...

Friedmann & Weinstock, Bankgeschäft, Halle a. S., Leipzigerstrasse 12.

Gesamtsnotierungen der Berliner Börse vom 17. März (Vormittag)

Table with columns for 'Deutsche Fonds und Staatspapiere', 'Ausländische Fonds', 'Deutsche Hypothekendarlehen', and 'Deutsche Staatspapiere'. Lists various bonds and their values.

Giebanen-Stamm-Aktien.

Table listing various stocks and their prices, including 'Giebanen-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Obligations indischer Gesellschaften'.

Indische Aktien.

Table listing Indian stocks and their prices, including 'Indische Aktien' and 'Bank- und Kredit-Aktien'.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and their prices, including 'Deutsche Fonds' and 'Bank- und Kredit-Aktien'.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks and their prices, including 'Bank- und Kredit-Aktien' and 'Ausländische Staatspapiere'.